

# Ausgaben und Einnahmen der Kommunen

Mit Hilfe der Gemeindefinanzstatistiken können die Ausgaben und Einnahmen der rheinland-pfälzischen Kommunen dargestellt werden. Durch die Verknüpfung von drei unterschiedlichen Erhebungen wird die finanzielle Lage von der Vergangenheit über die Gegenwart hinaus bis in die nahe Zukunft abgebildet. Jährlich werden die Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Arten und Aufgabengebieten erfasst. Nach Abschluss der Aufbereitung liegen nunmehr Ergebnisse für das Jahr 2000 vor. Sie werden ergänzt durch aktuelle vierteljährliche Erhebungen der von den Kämmerern in den Kassen verbuchten Ausgaben und Einnahmen nach Arten, deren Ergebnisse bis einschließlich 2002 verfügbar sind. Die von den Kommunen für das Jahr 2003 geplanten Ausgaben und die erwarteten Einnahmen werden durch die Haushaltsansatzstatistik nachgewiesen.

Die finanzielle Situation der Kommunen ist angespannt. Geprägt wird sie einerseits von stagnierenden oder sogar wegbrechenden Steuereinnahmen, wie bei der Gewerbesteuer, sowie andererseits von wachsenden Ausgaben, wie beispielsweise für Sozialleistungen, wodurch eine Rückführung der Defizite unmöglich scheint.

## Darstellungsansätze der Ausgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften

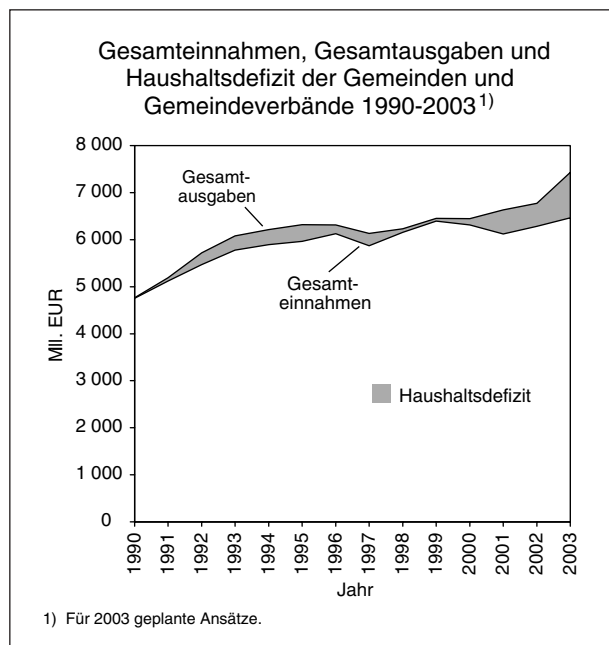
Ausgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften werden in der statistischen Aufbereitung unter verschiedenen Gesichtspunkten gruppiert:

Hauptzweck der *gesamtwirtschaftlichen Gruppierung*, die im Vordergrund dieses Beitrages steht, ist es, die Zusammenhänge zwischen den öffentlichen Haushalten und der Volkswirtschaft aufzuzeigen. Sie verdeutlicht das Finanzgebaren der Kommunen und zeigt gewissermaßen, wie die Kommunen am Wirtschaftsablauf beteiligt sind. Das Gliederungsschema unterscheidet zwischen der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung. Die den besonderen Finanzierungsvorgängen zuzurechnenden Ausgaben und Einnahmen werden als eigener Ausgabe- und Einnahmeblock nachgewiesen.

Die *haushaltmäßige Gruppierung* folgt den für kommunale Haushalte maßgebenden Gruppierungen. Dabei wird zwischen dem Verwaltungshaushalt und dem Vermögenshaushalt unterschieden.

Die *finanzwirtschaftliche Gruppierung* hat zum Ziel, die Ausgaben für die einzelnen Aufgabengebiete zu durchleuchten und nachzuweisen, in welchem Umfang und in welcher Form die Gebietskörperschaften zur Erfüllung und Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beitragen. Es werden unmittelbare Ausgaben bzw. Einnahmen sowie Zahlungen an bzw. vom öffentlichen Bereich und an bzw. von anderen Bereichen voneinander abgegrenzt.

Ausführliche Erläuterungen zu den methodischen Grundlagen enthält das jährlich erscheinende Handbuch der Finanzstatistik (Bestellnr.: L416).

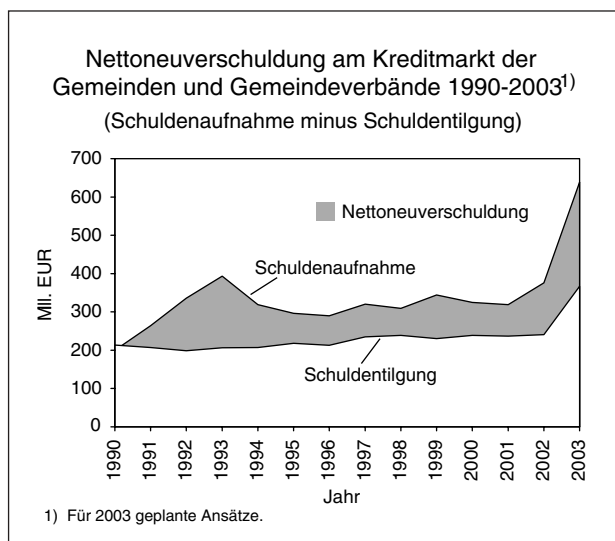


## Weiterhin ansteigender negativer Finanzierungssaldo

Die Gemeinden und Gemeindeverbände planen für 2003 Ausgaben in Höhe von 7,4 Mrd. Euro und sie erwarten Einnahmen von lediglich 6,5 Mrd. Euro, wodurch sich eine Unterdeckung von knapp 1 Mrd. Euro ergibt. Verglichen mit dem Vorjahr ist das eine sehr starke Ausweitung der beabsichtigten Ausgaben bei einer nur moderaten Steigerung der zukünftigen Einnahmen, die bei einer vollständigen Realisierung der Planungen zu einer Verdoppelung des Defizits führen würde. Zu beachten ist jedoch, dass es sich hierbei weitgehend um vorläufige Haushaltsentwürfe handelt, die im Zuge der weiteren Beratungen überarbeitet und revidiert werden müssen.

Die Haushalte der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände weisen seit mehreren Jahren Defizite aus. Seit 1990 sind die Gesamtausgaben stets höher gewesen als die Gesamteinnahmen der Kommunen, so dass sich ein negativer Finanzierungssaldo ergeben hat. Der negative Finanzierungssaldo ist bis Mitte der 90er Jahre sehr stark angestiegen, konnte in den folgenden Jahren aber erfolgreich reduziert werden. Seit dem Jahr 2000 ist jedoch als Folge der fortschreitenden Verschlechterung der Kommunalfinanzen wieder ein großer Zuwachs zu beobachten.

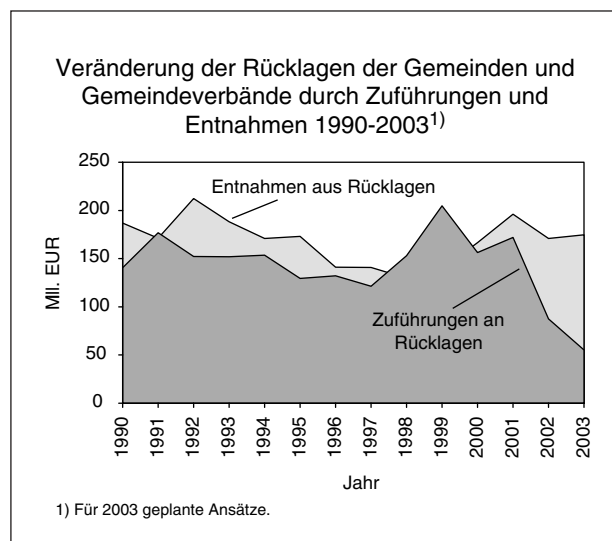
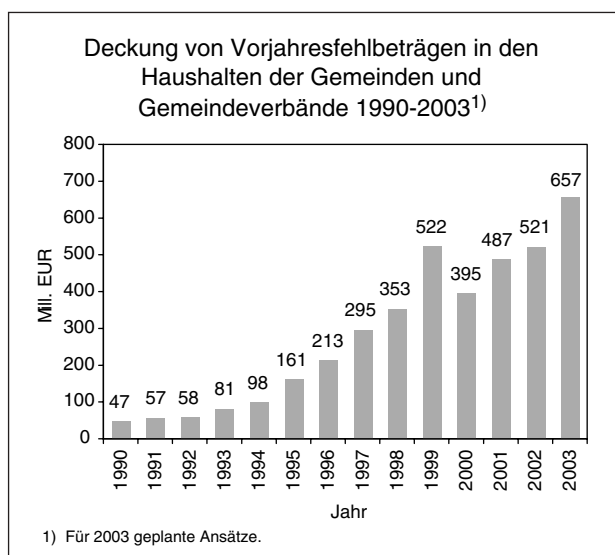
Auch in der Entwicklung der so genannten besonderen Finanzierungsvorgänge schlägt sich die finanzielle Situation der Kommunen nieder. Durch die Aufnahme von Schulden können die Kommunen Finanzierungsengpässe überbrücken. Von 1990 bis 1993 mussten sie den Fremdmiteinsatz auf 393 Mill. Euro nahezu verdoppeln, während er in den folgenden Jahren, mit Ausnahme von 1999 (hier wurden 344 Mill. Euro neu aufgenommen), in einer relativ engen Bandbreite um den Wert von 300 Mill. Euro schwankte. Im Jahr 2002 wurden neue Kredite in Höhe von 376 Mill. Euro benötigt und für 2003 wird der bisher unerreichte Wert von



639 Mill. Euro erwartet. Nach Gegenrechnung der Schuldentilgungen ergibt sich eine gegenüber früheren Jahren deutlich höhere Nettoneuverschuldung.

Auch die Deckung von Vorjahresfehlbeträgen beansprucht immer höhere Mittel. Sie entstehen, wenn eine Kommune die Lücke zwischen den laufenden Ausgaben und Einnahmen nicht schließen kann, auch nicht mit Zuführungen aus dem Vermögenshaushalt durch Rücklagenentnahmen oder Vermögensveräußerungen. Dieser Fehlbetrag ist spätestens im übernächsten Haushaltsjahr auszuweisen, das heißt dort erscheint er dann als zusätzliche Ausgabe. Beliefen sich 1990 diese Altfehlbeträge noch auf 47 Mill. Euro, so sind sie in den 90er Jahren kontinuierlich auf 522 Mill. Euro angewachsen. Nur in 2000 und 2001 wurden sie mit 395 Mill. Euro bzw. 487 Mill. Euro wieder deutlich niedriger ausgewiesen. Seither ist allerdings ein Zuwachs festzustellen, der zu einem erheblich höheren als Niveau Ende der 90er Jahre führt, denn für 2003 werden Vorjahresfehlbeträge in Höhe von 657 Mill. Euro erwartet.

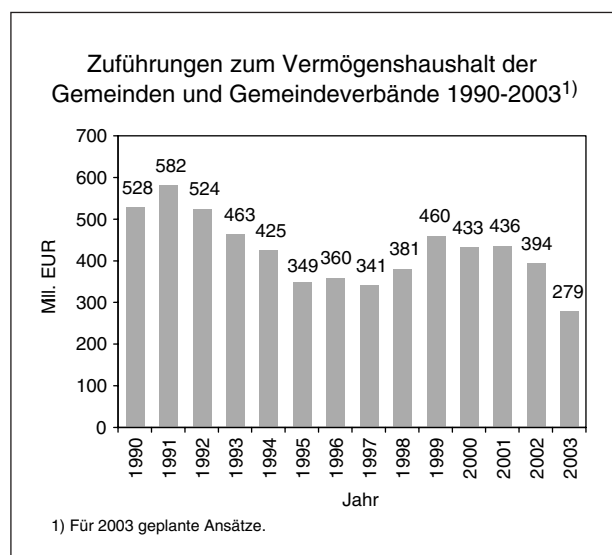
In der Finanzstatistik wird der Bestand an Rücklagen nicht erfasst. Die Refinanzierungsmöglichkeit der Kommunen aus den zurückgelegten Mitteln kann daher nur



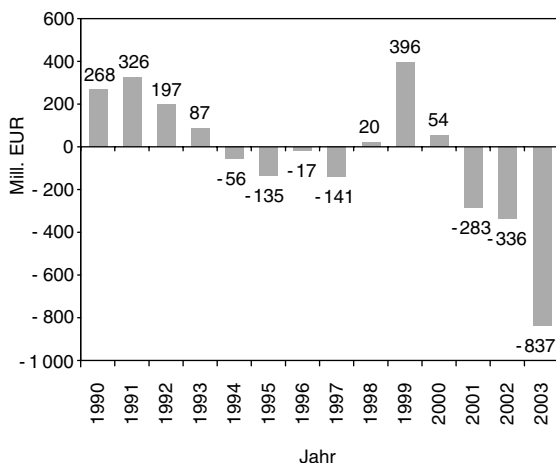
anhand der Zuführung zu bzw. der Entnahme aus Rücklagen näherungsweise ermittelt werden. Die Zuführungen an Rücklagen sind in den letzten Jahren reduziert und die Entnahmen ausgeweitet worden, deshalb hat der negative Saldo zugenommen. Aber auch bereits in den 90er Jahren, mit Ausnahme von 1991, 1998 und 1999, wurden die kommunalen Rücklagen per Saldo aufgezehrt.

#### Geringer Einnahmeüberschuss im Verwaltungshaushalt

Eine wichtige Kennzahl zur Beurteilung der Finanzlage einer Gemeinde ist der Zuführungsbetrag zum Vermögenshaushalt, der aus dem Einnahmeüberschuss im Verwaltungshaushalt erwirtschaftet wird. Er steht beispielsweise für Investitionsvorhaben, für die Ansammlung von Rücklagen oder zur Schuldentilgung zur Verfügung. Nach der Haushaltsverordnung muss dem Vermögenshaushalt mindestens ein Betrag zugeführt werden, der die Kreditbeschaffungskosten und die ordentliche Tilgung von Krediten deckt; dies ist die so genannte Pflichtzuführung. Der in den Verwaltungshaushalten erwirtschaftete Einnahmeüberschuss bewegte



„Freie Spitze“ in den Haushalten der Gemeinden und Gemeindeverbände 1990-2003<sup>1)</sup>



1) Für 2003 geplante Ansätze.

sich Anfang der 90er Jahre noch zwischen 524 Mill. und 582 Mill. Euro. Dieses hohe Niveau konnte in den folgenden Jahren nicht gehalten werden, denn die Zuführungen sanken bis 1997 auf 341 Mill. Euro, konnten anschließend jedoch wieder deutlich erhöht werden. Im Jahr 2002 erreichte der Überschuss im Verwaltungshaushalt immerhin 394 Mill. Euro, für 2003 rechnen die Kommunen allerdings nur noch mit 279 Mill. Euro, dem niedrigsten Wert in dieser Beobachtungsreihe.

Ein Maß für die Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit einer Kommune ist die so genannte freie Spitze, bei der nach der finanzstatistischen Berechnung diejenigen Einnahmen und Ausgaben zugrunde gelegt werden, die ihrer Art nach in der Regel jährlich wiederkehrend anfallen. Zusätzlich werden bestimmte Zu- und Absetzungen (z. B. Rückflüsse von Darlehen, Tilgungsausgaben) und Absetzungen (z. B. Zuführung zum/vom Vermögenshaushalt, Bedarfszuweisungen) bei der Ermittlung des Überschusses bzw. des Fehlbetrages der laufenden Rechnung vorgenommen. Ist die Kennzahl positiv, dann stehen über die Pflichtzuführung an den Vermögenshaushalt hinaus Mittel – zum Beispiel zur Finanzierung von Investitionen oder zur Bildung von

Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) 1990-2003 nach Arten

Ausgabeart	1990	1995	2000	2002	2003 <sup>1)</sup>
	1 000 EUR				
<b>Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)</b>					
Insgesamt	4 763 598	6 320 303	6 449 326	6 774 017	7 428 152
davon					
<b>Laufende Rechnung</b>					
Personalausgaben	1 269 841	1 664 827	1 813 288	1 918 386	1 995 233
laufender Sachaufwand	929 071	1 015 350	1 112 312	1 201 775	1 262 967
Zinsausgaben	241 803	308 887	285 194	298 870	367 900
laufende Zuweisungen und Zuschüsse	2 152 170	3 519 211	3 518 019	3 596 492	3 689 556
darunter Sozialhilfe und sonstige Unterstützungen	712 561	1 425 459	1 200 124	1 245 516	1 332 683
Schuldendiensthilfen	4 227	4 933	4 910	5 721	5 446
Bruttoausgaben der laufenden Rechnung	4 597 112	6 513 208	6 733 724	7 021 243	7 321 102
abzüglich Zahlungen von Gemeinden (Gv.)	991 975	1 472 052	1 574 481	1 581 472	1 605 631
Gesamtausgaben der laufenden Rechnung	3 605 137	5 041 156	5 159 243	5 439 771	5 715 471
<b>Kapitalrechnung</b>					
Sachinvestitionen	1 049 715	1 167 333	1 199 160	1 217 040	1 595 618
Vermögensübertragungen	112 386	143 293	107 583	120 437	144 687
Darlehen	16 939	5 709	3 637	4 259	2 237
Erwerb von Beteiligungen	13 740	11 315	8 478	21 049	3 480
Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	4 471	3 750	2 962	3 966	4 223
Bruttoausgaben der Kapitalrechnung	1 197 287	1 331 400	1 321 821	1 366 751	1 750 245
abzüglich Zahlungen von Gemeinden (Gv.)	38 844	52 252	31 737	32 505	37 564
Gesamtausgaben der Kapitalrechnung	1 158 442	1 279 147	1 290 083	1 334 246	1 712 681
<b>Ausgaben für besondere Finanzierungsvorgänge</b>					
Insgesamt	401 363	507 961	789 283	849 520	1 078 960
Schuldentilgung	213 726	217 805	238 558	240 906	367 071
Zuführungen an Rücklagen	140 588	129 345	156 161	87 526	55 197
Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	47 049	160 811	394 564	521 088	656 692

1) Geplante Ausgaben.

Rücklagen – zur Verfügung. Ist der Wert negativ, reichen die laufenden Einnahmen nicht mehr zur Finanzierung der laufenden Ausgaben aus.

Nachdem die freie Spitze bereits 2002 auf –336 Mill. Euro gesunken war, erwarten die Kommunen für 2003 einen Wert von –837 Mill. Euro. Bereits von 1994 bis 1997 war die freie Spitze in den negativen Bereich abgerutscht, wobei die Spanne seinerzeit zwischen –17 Mill. und –141 Mill. Euro lag. Die Verschlechterung der kommunalen Finanzen zeigt sich auch darin, dass erstmals für 2003 alle Gebietskörperschaftsgruppen eine negative freie Spitze erwarten. Im Vorjahr konnten noch die verbandsfreien Gemeinden eine freie Spitze von 21 Mill. Euro erwirtschaften. Die kreisfreien Städte weisen seit 1992 durchgängig einen negativen Wert auf.

### Steigende Personalausgaben

Die Struktur der kommunalen Ausgaben wird geprägt durch die Aufwendungen für das Personal, für die Sozialhilfe, für den laufenden Sachaufwand und in geringerem Maß durch die Zinsausgaben. Diese Positionen lassen sich zumindest kurzfristig nur in begrenztem Umfang variieren, während bei den Sachinvestitionen größerer Spielraum besteht, indem Projekte zeitlich gestreckt realisiert werden können.

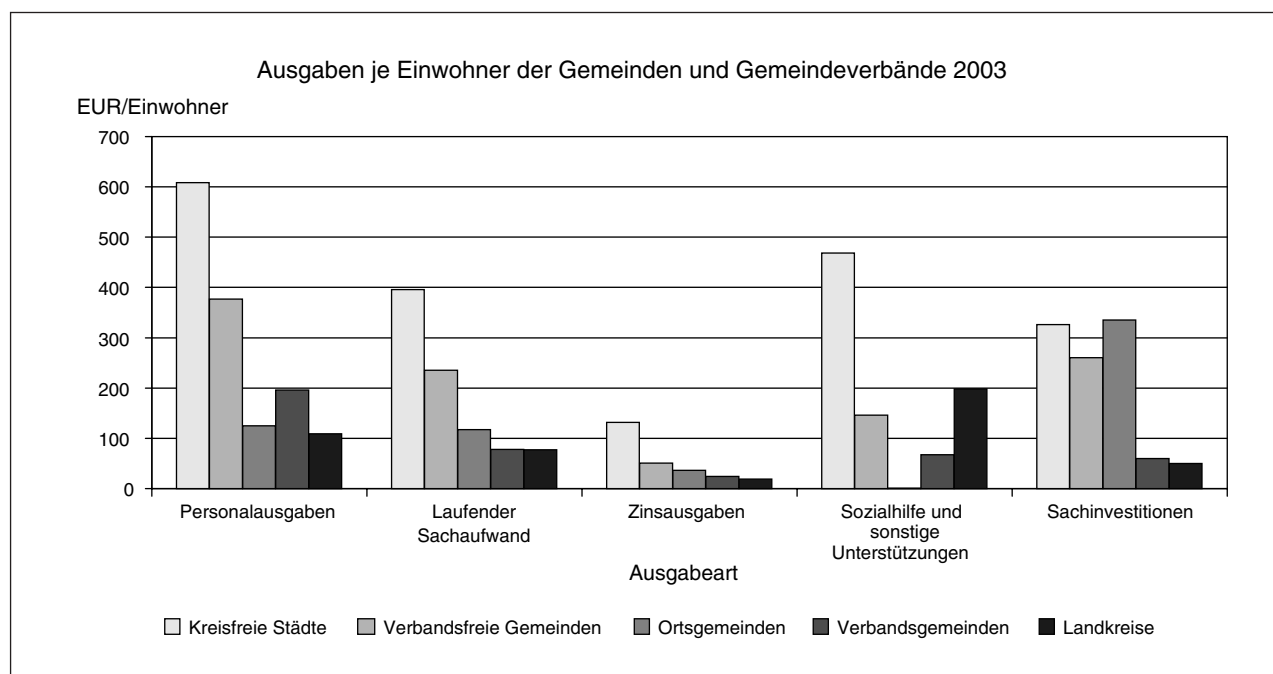
Die Personalausgaben sind auf der Ausgabenseite einer der gewichtigsten Posten. Für 2003 haben die Gemeinden und Gemeindeverbände dafür 1 995 Mill. Euro eingeplant, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 4% bedeutet. Dies wäre nach 1995 der höchste Zuwachs. Insbesondere von 1996 bis 1998 gelang es den Kommunen, den Personalkostenanstieg auf 0,9 bis 1,6% jährlich zu begrenzen. Im Jahr 2003 werden für die Beschäftigtenlöhne und -gehälter 21,9% des Etats benötigt. Diese Personalausgabenquote schwankt ohne eindeutige Tendenz seit Jahren in einer relativ engen Bandbreite um einen Wert von 22%. Verglichen mit 1990 ist jedoch ein Anstieg um etwa vier Prozentpunkte festzustellen.

Im Schnitt entfallen im Jahr 2003 auf jeden Einwohner Personalausgaben in Höhe von 493 Euro. Die höchsten Personalausgaben verzeichnen die kreisfreien Städte mit 608 Euro je Einwohner, während im Landkreisbereich 442 Euro je Einwohner ausreichen. Verbandsfreie Gemeinden wenden für ihre Beschäftigten 377 Euro je Einwohner auf, Verbandsgemeinden kommen mit 196 Euro je Einwohner aus. Ortsgemeinden veranschlagen 125 Euro je Einwohner für ihr Personal. Die Landkreise selbst haben mit 109 Euro je Einwohner die niedrigsten Personalausgaben.

### Zunehmende Leistungen für Sozialhilfe veranschlagt

Bei den Leistungen für Sozialhilfe erwarten die Kommunen im Jahr 2003 einen Anstieg um 7% auf 1 333 Mill. Euro. Der große Zuwachs ist wohl auch auf die erwarteten höheren Ausgaben durch die Einführung der Alterssicherung zurückzuführen. Die Sozialhilfeaufwendungen binden damit 14,7% der Ausgaben. Der Anteil der Sozialhilfeleistungen verharrt seit 1999 nahezu unverändert bei knapp unter 15%, nachdem er in den Vorjahren wesentlich höher lag, nämlich bei 18,2% im Jahr 1995. Der absolute Betrag für Sozialhilfe ist 2003 trotz der großen erwarteten Steigerungsrate dennoch niedriger als die Ausgaben dafür in 1995. Dies ist wohl auch eine Folge der Einführung der Pflegeversicherung, die zu einer Entlastung der Kommunalhaushalte geführt hat. Ein Vergleich mit 1990 zeigt jedoch, dass die Belastung der Kommunalhaushalte durch die Sozialhilfe langfristig eher zugenommen hat, denn seinerzeit wurden 10,3% der Bruttoausgaben für Sozialhilfe verwendet.

Je Einwohner haben die Gemeinden und Gemeindeverbände in ihren Haushalten für 2003 an Sozialhilfe und sonstigen Unterstützungen 329 Euro berücksichtigt, gegenüber dem Vorjahr sind das 21 Euro je Einwohner mehr. Insbesondere die kreisfreien Städte sind durch die Leistungen für Sozialhilfe sehr stark belastet, denn sie müssen je Einwohner 468 Euro ausgeben,



während der Landkreisbereich (Kreis, Verbandsgemeinden und die kreisangehörigen Gemeinden) lediglich 283 Euro je Einwohner Unterstützung gewährt.

### Anteil des laufenden Sachaufwandes relativ konstant

Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand werden nach den Planungen der Kommunen 2003 um 5,1% auf 1 263 Mill. Euro zunehmen. Unter dieser Sammelposition werden hauptsächlich Ausgaben für den Unterhalt von Grundstücken und von baulichen Anlagen, Mieten und Pachten, Haltung von Kraftfahrzeugen u. Ä. subsumiert. Im weitesten Sinne handelt es sich hierbei also um einen Teil der Folgekosten von Investitionen. Der Anteil des Sachaufwandes an den Bruttoausgaben bewegt sich im Zeitablauf in der relativ engen Bandbreite zwischen 12,9 und 14,3%, ohne dass eine eindeutige Tendenz nach oben oder unten zu erkennen ist.

Je Einwohner werden für den laufenden Sachaufwand 312 Euro veranschlagt. Auch hier sind die Ausgaben in den kreisfreien Städten deutlich höher als im Landkreisbereich. Die verbandsfreien Gemeinden benötigen für den laufenden Sachaufwand mit 236 Euro je Einwohner nahezu doppelt so viel wie die Ortsgemeinden. Verbandsgemeinden und Landkreise haben mit 78 bzw. 77 Euro je Einwohner den geringsten Aufwand.

### Kommunen erwarten stark steigende Zinsausgaben

Neu aufgenommene Kredite eröffnen einerseits Finanzierungsspielräume, andererseits müssen die Kommunen dafür Zinsen zahlen, wodurch Mittel gebunden werden. Im Jahr 2003 rechnen die Gemeinden und Gemeindeverbände mit Zinszahlungen in Höhe von 368 Mill. Euro, das wäre fast ein Viertel mehr als im Vorjahr. Die hohe Zunahme der Zinszahlungen ist Folge der erwarteten Defizite, die durch Kredite finanziert werden müssen. Damit würde die Zinsausgabenquote auf 4,1% steigen, im Vorjahr betrug sie 3,6%. Im langjährigen Vergleich bewegte sich die Zinsausgabenquote zwischen 3,4 und 3,9%. Die Werte im oberen Bereich wurden wohl auch als Folge der Hochzinsphase Mitte der 90er Jahre registriert.

Besonders stark belastet sind auch hier die kreisfreien Städte mit 131 Euro je Einwohner. Sie und vor allem die Ortsgemeinden erwarten darüber hinaus im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Steigerung der Zinsausgaben je Einwohner. Die Ortsgemeinden haben in ihren Etats 37 Euro Zinsausgaben je Einwohner eingeplant. Im Landkreisbereich insgesamt sind 77 Euro je Einwohner vorgesehen.

### Hohes Investitionsvolumen angestrebt

Trotz der Mittelknappheit wollen die Kommunen ihre Sachinvestitionen im Jahr 2003 kräftig erhöhen, und zwar um nahezu ein Drittel auf 1 596 Mill. Euro. Das wäre der höchste jemals registrierte Wert. Im langjährigen Durchschnitt belaufen sich die kommunalen Sachinvestitionen auf etwa 1 200 Mill. Euro. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Baumaßnahmen; der Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Sachen spielt eine untergeordnete Rolle.

Hauptträger der kommunalen Sachinvestitionen sind die Ortsgemeinden, gefolgt von den kreisfreien Städten und verbandsfreien Gemeinden. Die Ortsgemeinden wollen im Jahr 2003 je Einwohner 335 Euro investieren, die kreisfreien Städte planen 326 Euro und die verbandsfreien Gemeinden 260 Euro. Die Gemeindeverbände haben wegen ihrer anders gelagerten Aufgabenstellung einen wesentlich geringeren Investitionsbedarf.

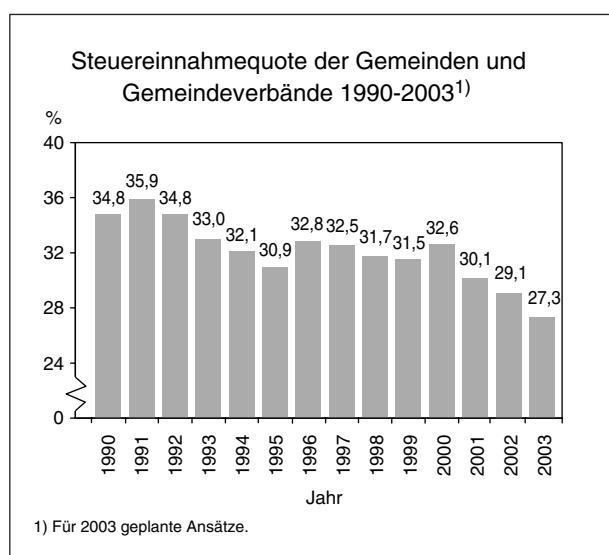
Als Folge der geplanten Sachinvestitionsaufstockungen wird die Sachinvestitionsquote, das ist der Anteil der Sachinvestitionen an den Bruttoausgaben, auf 17,5% steigen. Sie liegt damit um fast zwei Prozentpunkte über dem langjährigen Durchschnitt. Die Ortsgemeinden wollen 31,5% ihres Etats investieren, bei den verbandsfreien Gemeinden sind es 17,6% und bei den kreisfreien Städten 14,8% der Bruttoausgaben.

Die gesamten bereinigten kommunalen Investitionen werden im Vermögenshaushalt ausgewiesen. Ihre Finanzierung kann nur teilweise nachvollzogen werden, da in den Haushalten das so genannte Deckungsprinzip gilt (alle Einnahmen decken alle Ausgaben, ohne Zweckbindung).

Eine Finanzierungsquelle ist die Schuldenaufnahme am Kreditmarkt. Sie deckt 37,5% der bereinigten kommunalen Investitionen. Der Finanzierungsanteil der Investitionszuweisungen liegt bei 32,1% und die Rücklagenentnahme trägt 10,3% dazu bei. Gegenüber 1990 hat sich der durch Kreditaufnahme finanzierte Anteil mehr als verdoppelt, der Beitrag der Investitionszuweisungen ist geringfügig gestiegen und der Finanzierungsanteil der Rücklagenentnahmen hat sich deutlich verringert.

### Steuereinnahmen weiterhin rückläufig

Die Steuern sind trotz nachlassender Ergiebigkeit weiterhin das wichtigste Finanzierungsmittel der Gemeinden. Im Jahr 2003 wird ein Rückgang um 3,7% auf 2 207 Mill. Euro erwartet. Gegenüber dem Höchstwert im Jahr 2000 ist das ein Minus von 14,4%. Die sinkende Bedeutung der kommunalen Steuereinnahmen wird durch die Steuereinnahmequote, das ist der Anteil



## Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) 1990-2003 nach Arten

Ausgabeart	1990	1995	2000	2002	2003 <sup>1)</sup>
	1 000 EUR				
Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)					
Insgesamt	4 751 189	5 965 990	6 314 611	6 282 214	6 464 062
davon					
Laufende Rechnung					
Steuern	2 000 884	2 305 027	2 578 939	2 291 063	2 206 537
Grundsteuer	231 042	305 433	377 702	397 668	403 770
Gewerbsteuer	811 723	742 677	906 461	740 457	661 088
Gemeindeanteil an Gemeinschaftsteuern	843 348	1 109 361	1 147 795	1 086 284	1 112 738
darunter Einkommensteuer	843 348	1 109 361	1 031 543	968 571	991 742
Grunderwerbsteuer	94 934	121 334	119 557	38 775	-
sonstige Steuern	19 838	26 221	27 424	27 879	28 941
steuerähnliche Einnahmen	11 783	12 261	5 693	5 609	5 570
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	372 263	407 135	362 455	395 629	392 562
Zinseinnahmen	70 452	42 678	39 553	37 729	38 311
laufende Zuweisungen und Zuschüsse	2 228 784	3 329 169	3 543 845	3 744 624	3 720 838
Schuldendiensthilfen	4 927	1 827	3 993	1 186	2 198
sonstige laufende Einnahmen	392 620	515 147	515 210	492 254	500 374
darunter Gebühren und Entgelte	272 949	364 981	334 585	339 922	351 283
Bruttoeinnahmen der laufenden Rechnung	5 081 713	6 613 244	7 049 689	6 968 094	6 866 390
abzüglich Zahlungen von Gemeinden (Gv.)	991 975	1 472 052	1 574 481	1 581 472	1 605 631
Gesamteinnahmen der laufenden Rechnung	4 089 738	5 141 192	5 475 208	5 386 623	5 260 759
Kapitalrechnung					
Veräußerung von Sachvermögen	166 805	222 971	254 616	273 552	335 586
Vermögensübertragungen	507 497	626 669	570 264	586 679	876 638
Darlehensrückflüsse	11 854	8 919	14 319	9 946	9 267
Veräußerung von Beteiligungen	2 574	8 517	28 411	55 399	18 721
Schuldenaufnahme vom öffentlichen Bereich	11 547	9 974	3 530	2 521	655
Bruttoeinnahmen der Kapitalrechnung	700 277	877 051	871 141	928 096	1 240 867
abzüglich Zahlungen von Gemeinden (Gv.)	38 826	52 252	31 737	32 505	37 564
Gesamteinnahmen der Kapitalrechnung	661 451	824 799	839 403	895 591	1 203 303
Einnahmen aus besonderen Finanzierungsvorgängen					
Insgesamt	386 982	469 631	490 945	546 484	813 179
Schuldenaufnahme	200 172	296 418	324 494	375 567	638 509
Entnahmen aus Rücklagen	186 810	173 212	166 450	170 917	174 670

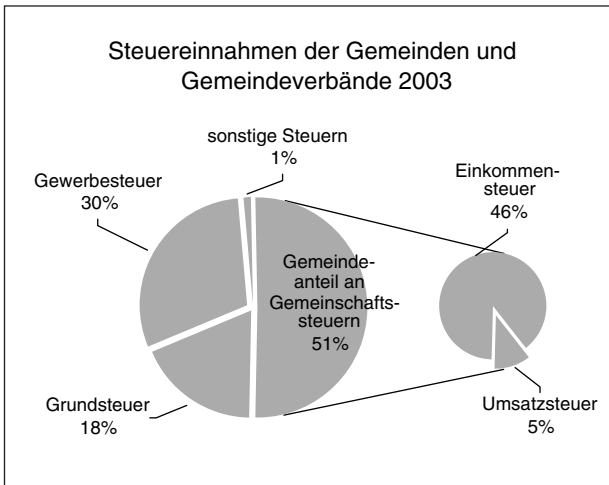
1) Geplante Ausgaben.

der Steuereinnahmen an den Bruttoeinnahmen, dokumentiert, denn sie ist seit 2000 um 5,3 Prozentpunkte gesunken. Damit decken die Steuereinnahmen 2003 voraussichtlich lediglich knapp ein Viertel der Bruttoausgaben, im Jahr 2000 war es noch fast ein Drittel.

Die Hauptsteuerquellen für die Gemeinden sind die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer sowie die Gewerbesteuer. Aufgrund kontinuierlicher Zunahmen haben die Grundsteuern an Bedeutung stark gewonnen; sie tragen mittlerweile 18,3% zu den Steuereinnahmen bei. Die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern – sie bringen heute mehr als 50% der gesamten kommunalen Steuereinnahmen – entwickeln sich relativ kontinuierlich. In einzelnen Jahren, wie zuletzt 2001, als ein Rückgang um 5,8% registriert wurde, ist das Aufkommen gesunken, dennoch ist langfristig ein großer Zuwachs zu beobachten. Wesent-

lich unregelmäßiger verläuft die Entwicklung bei der Gewerbesteuer. Hier gibt es Jahre mit starkem Wachstum, wie 1996 und abgeschwächt 2000, denen Jahre mit großen Rückgängen, wie 2001, 2003 und 1995, gegenüberstehen. Die Gewerbesteuer hat heute einen Anteil von 30% an den gesamten Steuereinnahmen. Dieser Wert liegt noch unter der Quote für 1995, als ebenfalls die Gewerbesteuereinnahmen eingebrochen waren.

Die kreisfreien Städte sind in sehr viel größerem Maße von der Gewerbesteuer abhängig als die verbandsfreien Gemeinden und vor allem die Ortsgemeinden, denn bei ihnen stammen 37,4% der Steuereinnahmen von den Gewerbesteuerpflichtigen, bei den anderen sind es 33,2% bzw. 23,7%. Bei den Ortsgemeinden sind Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer mit 56,7% die dominante Steuerart.



Je Einwohner erwarten die Gemeinden 2003 Steuereinnahmen von 545 Euro. Davon stammen 275 Euro je Einwohner von den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und der Umsatzsteuer, 163 Euro je Einwohner von den Gewerbesteuerzahlenden und 100 Euro je Einwohner von den Grundbesitzern. Die kreisfreien Städte erzielen bei allen Steuerarten die höchsten Beträge je Einwohner, gefolgt von den verbandsfreien Gemeinden und den Ortsgemeinden.

#### Gebühreneinnahmen steigen

Neben den Steuereinnahmen sind die Gebühren und sonstigen Entgelte eine bedeutende Finanzierungsquelle. Im Jahr 2003 veranschlagen die Kommunen 351 Mill. Euro Gebühreneinnahmen, das sind 3,3% mehr als im Vorjahr. Auf jeden Einwohner entfallen 87 Euro. Überdurchschnittliche Bedeutung haben die Gebühreneinnahmen für die kreisfreien Städte und für die verbandsfreien Gemeinden.

Die Bedeutung der Gebühreneinnahmen für die Kommunalhaushalte hat jedoch abgenommen, denn sie sind weniger stark gewachsen als die Bruttoeinnahmen insgesamt. Die Gebühreneinnahmequote liegt heute bei 4,3% und damit deutlich unter dem Wert in der Mitte der 90er Jahre.

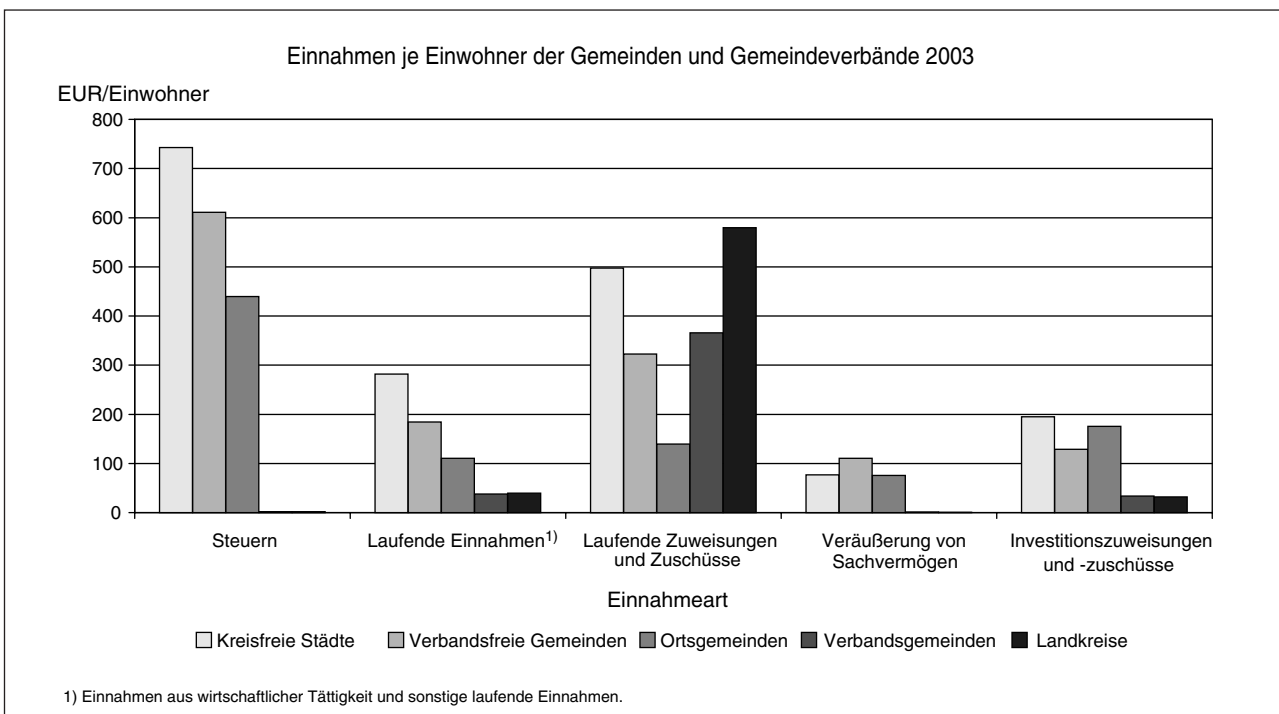
Neben den Gebühreneinnahmen erwirtschaften die Kommunen weitere laufende Einnahmen aus ihrer Verwaltungstätigkeit und Erstattungen von anderen Bereichen in Höhe von 149 Mill. Euro. Während die sonstigen Verwaltungseinnahmen rückläufig sind, entwickeln sich die Erstattungen von Verwaltungsausgaben positiv, hierbei handelt es sich vor allem um die Erstattung von Verwaltungskosten durch Eigenbetriebe.

Auch aus wirtschaftlicher Tätigkeit erwarten die Kommunen im Jahr 2003 Einnahmen in Form von Mieten und Pachten, Gewinnen aus Unternehmen und Beteiligungen, Konzessionsabgaben sowie Einnahmen durch den Verkauf von beweglichen Sachen in Höhe von 393 Mill. Euro. Der größte Teil stammt aus Konzessionsabgaben sowie Mieten und Pachten. Das Wachstum der Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit ist allerdings sehr gering.

Mittel verschaffen sich die Kommunen auch durch die Veräußerung von Sachvermögen und von Beteiligungen. Beide Einnahmearten zeigen ein sehr dynamisches Wachstum, wobei vor allem die Veräußerung von Sachvermögen mit 336 Mill. Euro sehr ergiebig ist. Der Verkauf von Beteiligungen soll dagegen nur 19 Mill. Euro einbringen.

#### Zuweisungen und Zuschüsse auf hohem Niveau

Neben den Einnahmen aus den originären Quellen erhalten die Kommunen Finanzzuweisungen und Zuschüsse, vor allem im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs vom Land und in Form von Verbands- bzw. Kreisumlagen von den Gemeinden selbst. Die Kommunen erwarten für 2003 laufende Zuweisungen



und Zuschüsse von insgesamt 3 721 Mill. Euro sowie Zuwendungen für Investitionen in Höhe von 877 Mill. Euro. Während die allgemeinen Zuweisungen leicht rückläufig sind, werden für Investitionen um fast 50% höhere Zuwendungen veranschlagt.

Je Einwohner werden 919 Euro laufende Zuweisungen und Zuschüsse von den Kommunen vereinnahmt. Die höchsten Pro-Kopf-Beträge entfallen auf die Landkreise und die kreisfreien Städte. Darüber hinaus werden Investitionsvorhaben (denen die Vermögensübertragungen der Kapitalrechnung zuzuordnen sind) mit 216 Euro je Einwohner bezuschusst, wobei die Hauptempfänger die kreisfreien Städte und die Ortsgemeinden sind.

Die allgemeinen Zuweisungen (laufende Zuweisungen und Zuschüsse) haben vor allem für die Haushalte

der Landkreise und Verbandsgemeinden eine große Bedeutung; sie haben hier einen Anteil an den Bruttoeinnahmen von 21,7 bzw. 14,7%. Dies deshalb, weil die Gemeindeverbände kaum über eigene Steuereinnahmen verfügen und daher in großem Maße auf Zuweisungen und auch auf die Umlagen als Finanzierungsquelle für ihre Aufgaben angewiesen sind. Aber auch bei den kreisfreien Städten ist die Zuweisungsquote mit 10,8% recht hoch.

Im Zeitablauf weisen die Zuweisungen und Zuschüsse die höchsten Zuwachsraten auf. Sie sind seit 1990 etwa doppelt so stark gestiegen wie die Einnahmen insgesamt und wirken sich damit stabilisierend auf die finanzielle Lage der Kommunen aus.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

---

## *Handbuch der Finanzstatistik – Aktualisierte Ausgabe 2002 erschienen*

*Umfassende und detaillierte Information über die Finanzen des Landes und der kommunalen Körperschaften*

In dem bewährten kartoniert gebundenen Nachschlagewerk werden sowohl die Einnahmen und Ausgaben des Landes als auch die Finanzen der Kommunen bis auf die Ebene der einzelnen Verbandsgemeinden bzw. verbandsfreien Gemeinden dargestellt. Sehr differenzierte Informationen – beispielsweise, wie viel Geld eine Verbandsgemeinde für Baumaßnahmen ausgegeben hat oder wie viel Personal beschäftigt wird – können dieser Veröffentlichung entnommen werden. Auch der Schuldenstand des Landes und der Kommunen lässt sich aus dem Handbuch der Finanzstatistik ersehen, ebenso wie die Steuereinnahmen.

Besonderen Wert für Analysen haben die Regionaltabellen, in denen Angaben auch für einzelne Gebietskörperschaften nachgewiesen werden. Neben der Gesamtschau des öffentlichen Sektors als Teil der Volkswirtschaft ist die einzelwirtschaftliche Betrachtung im Vergleich mit anderen Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreisen eine wesentliche Auswertungsmöglichkeit, die das tief gegliederte finanzstatistische Zahlenmaterial eröffnet.

Dem mehr als 600 Seiten umfassenden Tabellenteil sind ausführliche methodische Abhandlungen vorangestellt, die sowohl die materiellen Grundlagen der erhobenen Tatbestände als auch das statistische Verfahren erläutern. Inhalt und Aussagefähigkeit der vorgelegten Ergebnisse werden damit klar umschrieben. Das Handbuch der Finanzstatistik kann zum Preis von 25 Euro zuzüglich Versandkosten bezogen werden.